

Antrag

der Abgeordneten Dr. Birke Bull-Bischoff, Dr. Petra Sitte, Doris Achelwilm, Simone Barrientos, Matthias W. Birkwald, Anke Domscheit-Berg, Susanne Ferschl, Brigitte Freihold, Sylvia Gabelmann, Nicole Gohlke, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Jan Korte, Jutta Krellmann, Cornelia Möhring, Norbert Müller, Sören Pellmann, Jessica Tatti, Harald Weinberg, Katrin Werner, Pia Zimmermann, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.

MINT-Bildung für mündige und aktive gesellschaftliche Teilhabe fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

MINT-Bildung – Bildung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – ist Teil einer umfassenden Persönlichkeitsentwicklung. Gerade in Zeiten besonderer gesellschaftlicher Herausforderungen im Kontext der digitalen Revolution, des Klimawandels, der Demokratieentwicklung oder einer ungerechten Weltwirtschaft ist eine umfangreiche MINT-Bildung von Anfang an wichtiger denn je. Junge Menschen müssen dabei unterstützt werden, naturwissenschaftlich-technische Prozesse und Zusammenhänge zu verstehen, um sie im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und guter Arbeits- und Lebensbedingungen kritisch reflektieren und mitgestalten zu können. MINT-Bildung braucht die ganzheitliche Entwicklung aller menschlichen Sinne. Naturwissenschaftliche Bildung braucht vielfältige ästhetische Erfahrungen, erst die Verbindung von beidem ermöglicht innovative Lernprozesse. Zu einem kritisch reflexiven Blick auf naturwissenschaftliche Entwicklungen und den gesellschaftlichen Kontext gehört die Auseinandersetzung mit ethischen Fragestellungen.

Alle Bildungseinrichtungen – von der Kita bis zur Erwachsenenbildung – stehen in der Verantwortung und müssen unterstützt werden, ihrem umfassenden Bildungsauftrag nachzukommen. Dazu wäre es notwendig, ausreichend gute Fachkräfte, multiprofessionelle Teams und eine gute sächliche Ausstattung vor allem öffentlich zu finanzieren – kontinuierlich und auskömmlich.

Stattdessen ist der Bildungsbereich seit Jahrzehnten chronisch unterfinanziert, fehlt es an entsprechenden gut ausgebildeten Fachkräften, insbesondere auch im Bereich der Naturwissenschaften, der Mathematik, der Technik und der Informatik.

Die Folge ist, dass beispielsweise große Unternehmen oder deren Stiftungen diese Mängel im Bereich der MINT-Bildung kompensieren und mit eigenen Interessen verknüpfen. Im Nationalen MINT-Forum als *Collective Impact Initiative* haben sich über 30 meist wirtschaftsnahe Institutionen zusammengeschlossen, die sich für die Förderung der MINT-Bildung einsetzen (vgl. Anheiner/Förster/Mangold

et al., Stiftungen in Deutschland 1: eine Verortung, 2017, S. 99). Sie liefern konkrete bildungspolitische Handlungsempfehlungen oder bieten eigenen Unterricht in Schulen, kostenlose Unterrichtsmaterialien, Wettbewerbe oder Projektstage an. Auch wenn viele dieser Angebote didaktisch und pädagogisch gut aufbereitet sind und bei jungen Menschen Freude an naturwissenschaftlich-technischer Bildung wecken, kommt es zu Kollisionen zwischen den Prämissen produktneutraler und freier Bildung einerseits und wirtschaftlichen Interessen andererseits. Ein zentrales Anliegen für das enorme Engagement durch wirtschaftliche Interessensverbände ist es beispielsweise, durch kostenlos bereitgestellte MINT-Unterrichtsmaterialien gezielt Einfluss auf Unterrichtsinhalte im Sinne des jeweiligen Unternehmens zu nehmen, angelehnt an die Bedarfe der Unternehmen bzw. die Verwertbarkeit am Arbeitsmarkt.

So hat der Stiftungsvorstand der Bayer-Stiftungen eingeräumt, dass das Engagement nicht nur altruistische Beweggründe hat: „Unsere Förderung ist nicht rein uneigennützig: Das Stiftungsengagement ist für Bayer eine langfristige Investition [...] für den nachhaltigen unternehmerischen Erfolg.“ (vgl. https://shop.stiftungen.org/media/mconnect_uploadfiles/k/u/kurzstudie_engagementfoerderung_online.pdf, S. 13., 18.12.2019).

Eine einseitige Einflussnahme widerspricht dem bildungspolitischen Ziel freier und ganzheitlicher MINT-Bildung, junge Menschen zu mündigen und urteilsfähigen Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen zu lassen, die in der Lage sind, für sich und für eine nachhaltige und sozial gerechte Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Das Primat muss bei pädagogischen und bildungspolitischen Prämissen bleiben, eingerahmt von demokratischen Diskursen und Entscheidungsprozessen. MINT-Bildung darf nicht auf Anpassungsleistungen für aktuelle Arbeitsmarktentwicklungen oder Bedarfe von Unternehmen reduziert werden. Es geht um Bildung, die nicht auf naturwissenschaftliche Lern- und Handlungslogiken beschränkt werden darf. Junge Menschen können durch eine breite und fächerübergreifende MINT-Bildung erfahren, dass soziale, ökologische oder ökonomische Probleme nicht allein mit Technik zu lösen sind.

Um schon früh nachhaltiges Handeln zu befähigen, sollte bereits in Kindertagesstätten MINT-Bildung gefördert werden. Ein gutes Beispiel hierfür ist das „Haus der kleinen Forscher“. Durch diese bundesweite Initiative werden bei Kindergarten- und Grundschulkindern durch einen spielerischen Zugang Neugierde für naturwissenschaftlich-technische Phänomene geweckt. Damit wird ein guter Grundstein für die spätere Entwicklung von ganzheitlichen MINT-Kompetenzen gelegt. Auch wenn das „Haus der kleinen Forscher“ bereits in vielen Regionen etabliert ist, kommt allerdings nicht jedes Kind in den Genuss dieser Angebote. Insbesondere Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Elternhäusern oder Kinder mit Behinderungen haben oftmals einen schlechteren Zugang zu solchen Bildungsprogrammen. Um alle Kinder zu erreichen, müssen solche Angebote in allen Kindertagesstätten und an jeder Schulform, auch an den beruflichen Schulen, gefördert werden.

Immer mehr junge Menschen entscheiden sich für ein Studium im naturwissenschaftlich-mathematisch-technischen Bereich (vgl. https://www.klischeefrei.de/de/klischeefrei_76665.php vom 03.11.2019). Im internationalen Vergleich ist der MINT-Anteil bei den Studienanfängerinnen und -anfängern in Deutschland deutlich höher als in anderen OECD-Staaten (vgl. Nationaler Bildungsbericht 2018, S. 157). Laut statistischem Bundesamt entfiel im Jahr 2018 jeder vierte Abschluss auf die Fächergruppe Ingenieurwissenschaften. In der beruflichen Bildung wurden in den vergangenen zehn Jahren knapp ein Drittel aller Ausbildungsverträge im MINT-Bereich abgeschlossen (vgl. Mit MINT in die Zukunft! Der MINT-Aktionsplan des BMBF, S. 14).

Nach wie vor entscheiden sich jedoch deutlich mehr junge Männer für einen Beruf im MINT-Bereich. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, vor allem Mädchen und Frauen zu begeistern und zu fördern. Das beginnt mit vielfältigen Möglichkeiten, positive Selbstwirksamkeit zu erfahren. Geschlechterklischees, die sich bei handelnden Akteurinnen und Akteuren als auch strukturell zeigen, müssen abgebaut werden.

Die Förderung von MINT-Bildung darf nicht zu Abwertung oder Vernachlässigung geisteswissenschaftlicher und ästhetischer Bildung führen. Dem Abbau der geistes- und sozialwissenschaftlichen Studien und ästhetischer Fächer muss entgegengetreten werden. Alle drei Bereiche – die MINT-Bildung, die ästhetische Bildung wie auch die Geistes- und Sozialwissenschaften – brauchen die Verknüpfung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Konzeptualisierung des MINT-Aktionsplans zu überarbeiten und um folgende Punkte zu ergänzen:
 - a) Aufnahme der Handlungsfelder „Ethik und Technikfolgenabschätzung“ sowie „Politik, Gesellschaft und Technikentwicklung“, verbunden mit Vorschlägen, wie auch kritisch-reflexives Handeln im Rahmen von MINT-Bildung gefördert werden kann – orientiert an Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit,
 - b) Einbeziehung von sozialwissenschaftlicher und ästhetischer Bildung im Rahmen von MINT-Bildung,
 - c) Adressierung von qualitativ hochwertiger MINT-Bildung an Schülerinnen und Schüler mit Benachteiligungserfahrung oder Behinderungen (zielgruppensensibles Konzept, zielgruppensensible Forschung über effektive MINT-Bildung),
 - d) Einbeziehung aller Schulformen in die Förderung von MINT-Bildung;
2. sich gegenüber der Kultusministerkonferenz dafür einzusetzen, klare Kriterien für Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft, Verbänden und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft zu formulieren, die eine einseitige und interessengeleitete Einflussnahme in Unterricht und Schule ausschließen;
3. gemeinsam mit den Ländern, darauf hinzuwirken, dass in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften aller Schulen (verpflichtende) Module eingeführt werden die für die Gefahren der Einflussnahme von Lobbygruppen auf Unterricht sensibilisieren;
4. gemeinsam mit den Ländern darauf hinzuwirken, dass MINT-Bildung nicht zur Verdrängung sozialwissenschaftlicher und ästhetischer Bildung und Forschung bei der Verteilung von Ressourcen an Bildungseinrichtungen, bei der Förderung von Forschung an Hochschulen und bei der Bereitstellung von Studienplätzen führt;
5. gemeinsam mit den Ländern einen Ausbau der Studienplätze für Lehramtsstudiengänge voranzutreiben, um die Fachkräftelücke dauerhaft zu schließen, sodass weder für den mathematisch-naturwissenschaftlichen-technischen, noch für den sozialwissenschaftlichen und musisch-künstlerisch-kreativen (ästhetischen) Unterricht Lehrkräfte fehlen.

Berlin, den 10. März 2020

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion